

Boss, Alfred et al.

Article — Digitized Version

Aufschwung mit geringer Dynamik

Die Weltwirtschaft

Provided in Cooperation with:

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

Suggested Citation: Boss, Alfred et al. (1999) : Aufschwung mit geringer Dynamik, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 421-440

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/2347>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Aufschwung mit geringer Dynamik

Von Alfred Boss, Katja Gerling, Jan Gottschalk, Christophe Kamps, Carsten-Patrick Meier, Joachim Scheide, Rainer Schmidt und Hubert Strauß

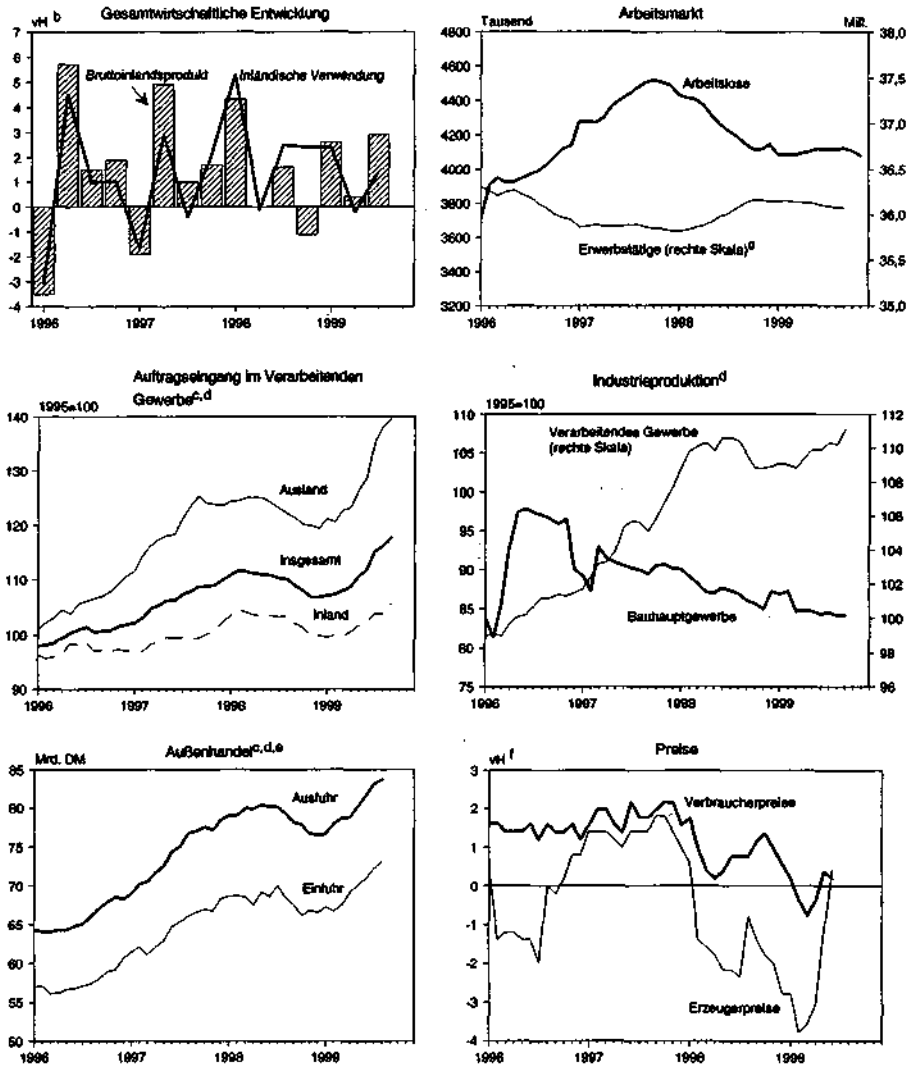
Nach einem Jahr der konjunkturellen Schwäche, die im wesentlichen durch außenwirtschaftliche Faktoren ausgelöst worden war, hat im Sommer 1999 in Deutschland eine neue Phase des Aufschwungs eingesetzt. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm im dritten Quartal saison- und arbeitstäglich bereinigt mit einer laufenden Jahresrate von 2,9 vH zu (Schaubild 1), nachdem es in der ersten Jahreshälfte nur mit 1,2 vH ausgeweitet worden war. Im Produzierenden Gewerbe erhöhte sich die Produktion sogar um 3,9 vH. Getragen wurde der Aufschwung durch die kräftig expandierende Auslandsnachfrage. Diese wurde begünstigt durch die fortschreitende wirtschaftliche Belebung in Europa und in den Schwellenländern, die weiterhin hohe Dynamik in den Vereinigten Staaten sowie die niedrige reale Bewertung des Euro. Die Inlandsnachfrage war weiterhin nach oben gerichtet. Besonders deutlich expandierten die Ausrüstungsinvestitionen, und der private Verbrauch nahm beschleunigt zu.

Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung des Aufschwungs hin. Im Gefolge der Belebung des Exportgeschäfts hat sich die Stimmung in der deutschen Industrie gegenüber dem Frühjahr nochmals erheblich verbessert. Die Geschäftserwartungen sind zunehmend nach oben gerichtet, und die aktuelle Geschäftslage wird weniger ungünstig beurteilt als vor einem halben Jahr. Die Auftrageingänge in der Industrie übertrafen von Juli bis Oktober ihr Niveau im vorangegangenen Viermonatszeitraum um reichlich 7 vH. Etwas verhaltener ist das Geschäftsklima in der Bauwirtschaft. Immerhin sind auch hier die Erwartungen aufwärtsgerichtet. Überwiegend positiv sind die Einschätzungen im Dienstleistungsbereich. Insgesamt dürfte sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in Deutschland im vierten Quartal nochmals beschleunigt haben.

Die Arbeitslosigkeit ist von Jahresbeginn bis September saisonbereinigt leicht gestiegen, danach ging sie wieder zurück. Die Beschäftigung dürfte dagegen das gesamte Jahr über rückläufig gewesen sein.

Das Preisklima hat sich wieder beruhigt. Preisdämpfend wirkten nicht zuletzt der intensivere Wettbewerb auf dem Telekommunikations- und auf dem Strommarkt. Im November übertraf der Preisindex der Lebenshaltung der privaten Haushalte seinen Wert im Vorjahr um 1 vH. Die laufende Jahresrate dürfte im vierten Quartal mit 1,5 vH so hoch wie im Vierteljahr zuvor gewesen sein. Die Beschleunigung des Preisauftriebs, zu der es im Frühjahr infolge des starken Ölpreisanstiegs gekommen war, hat sich damit im zweiten Halbjahr 1999 zurückgebildet.

Schaubild 1: Indikatoren^a zur Konjunktur in Deutschland



^aSaisonbereinigt. - ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in vH. - ^cReel. - ^dGleitender Dreimonatsdurchschnitt. - ^eWaren in der Abgrenzung der Außenhandelsstatistik. - ^fVeränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet. - ^gAb 1999 eigene Schätzung aufgrund von Quartalsdaten.

Geldpolitik: Trotz Zinserhöhung leicht anregend

Der EZB-Rat hat mit Wirkung vom 10. November die Leitzinsen um jeweils 0,5 Prozentpunkte angehoben. Maßgeblich für die Entscheidung der EZB waren die im Zuge der Konjunkturerholung im Euro-Raum erhöhten Risiken für die Preisniveaustabilität.

Trotz der Zinserhöhung dürften die monetären Rahmenbedingungen die deutsche Konjunktur gegenwärtig leicht anregen. Der Zins für Dreimonatsgeld liegt bei 3,4 %; der Abstand zum Hauptrefinanzierungssatz ist damit relativ groß. Dies dürfte jedoch im wesentlichen auf die erhöhte Liquiditätsneigung der Banken aufgrund der mit dem Jahr-2000-Problem verbundenen Unsicherheiten zurückzuführen sein und sich nach dem Jahreswechsel wieder normalisieren. In realer Rechnung befinden sich die Geldmarktzinsen noch immer etwas unterhalb ihres langjährigen Durchschnitts von 3 %. Die Rendite zehnjähriger Bundesanleihen nahm, nicht zuletzt in Erwartung der Leitzinserhöhung, bis Mitte Oktober auf fast 5,5 % zu, bildete sich aber danach zurück und lag Anfang Dezember etwas über 5 %. Real ist sie damit – eine längerfristige Inflationserwartung von 1,5 vH unterstellt – ebenfalls immer noch leicht unter ihrem langjährigen Durchschnittswert. Gegenüber dem Frühjahr haben sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und private Haushalte verschlechtert, was sich nicht zuletzt darin zeigt, daß die Kreditzinsen seither um reichlich einen Prozentpunkt gestiegen sind. Die Kreditvergabe an Private nahm in den vergangenen Monaten deutlich langsamer zu als in der ersten Jahreshälfte. Erhebliche expansive Wirkungen gehen hingegen weiterhin von der niedrigeren Bewertung des Euro aus, dessen effektiver Wechselkurs im Dezember, nach der erneuten Abwertung gegenüber dem US-Dollar und dem japanischen Yen, sein bisher niedrigstes Niveau verzeichnete.

Wir erwarten, daß die EZB die Leitzinsen im ersten Halbjahr 2000 auf dem gegenwärtigen Niveau beläßt (Tabelle 1). In der zweiten Jahreshälfte dürfte sie

Tabelle 1: Rahmendaten der Konjunkturprognose 1999 und 2000

	1999				2000			
	1. Q.	2. Q.	3. Q. ^a	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Geldmenge M3, Euroland ^c	-0,7	9,2	6,3	5,6	5,5	5,5	5,5	5,5
Zinssatz für Dreimonatsgeld (%)	3,1	2,6	2,7	3,4	3,2	3,3	3,4	3,6
Rendite von Bundesanleihen mit 10jähriger Restlaufzeit	4,1	4,4	5,2	5,2	5,2	5,3	5,4	5,5
Tariflohnindex ^{d,e}	2,7	3,3	3,2	3,3	1,8	2,1	2,4	2,5
\$/ECU bzw. \$/Euro	1,12	1,06	1,05	1,05	1,05	1,05	1,05	1,05
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ^f	100,0	97,6	96,8	96,0	95,5	95,5	95,2	95,0
Industrieproduktion im Ausland ^g	-0,7	3,0	6,3	4,0	2,9	3,0	2,8	2,4
Rohölpreis ^h	11,3	11,3	15,4	20,5	25,0	20,5	19,5	21,5

^a Teilweise geschätzt. – ^b Prognose. – ^c Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet, in vH. – ^d Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^e Auf Stundenbasis. – ^f Gegenüber 38 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, 1999, 1. Quartal = 100. – ^g In 18 Industrieländern, gewichtet mit den Anteilen der deutschen Ausfuhr. – ^h US-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: Deutsche Bundesbank (1999a), EZB (1999), OECD (1999), eigene Berechnungen und Prognosen.

den Refinanzierungssatz um insgesamt einen halben Prozentpunkt erhöhen, um den zunehmenden Inflationsrisiken im Euro-Raum zu begegnen (Gern et al. 1999a). Die Kapitalmarktzinsen werden im kommenden Jahr geringfügig steigen. Für den Wechselkurs des US-Dollar gegenüber dem Euro unterstellen wir für den Prognosezeitraum einen Wert von 1,05. Insgesamt wird die Geldpolitik der EZB die deutsche Konjunktur bis Ende 2000 leicht anregen.

Finanzpolitik leicht restriktiv

Der Kurs der Finanzpolitik für das kommende Jahr wird geprägt von den Einsparmaßnahmen der Bundesregierung. Das Sparpaket beinhaltet zahlreiche Eingriffe in die öffentlichen Haushalte.

Die Einspareffekte für die einzelnen Ressorts werden von der Bundesregierung an den für das Jahr 2000 fortgeschriebenen Ansätzen (Soll-Beträgen) im Haushalt 1999 gemessen und auf insgesamt 30 Mrd. DM beziffert. Die als Referenzwerte verwendeten Ausgabenbeträge sind aber in einigen Fällen überhöht; das gilt beispielsweise für den Referenzwert für den Zuschuß des Bundes an die Bundesanstalt für Arbeit. Die Ausgaben des Bundes werden deshalb im Jahr 2000 nicht um 30 Mrd. DM, sondern in wesentlich geringerem Maße reduziert.

Mißt man die Einspareffekte richtig, so resultieren Minderausgaben des Bundes in Höhe von rund 22 Mrd. DM (Tabelle 2). Für die Zahlungen des Bundes an Unternehmen und Haushalte ergeben sich Kürzungen um 9,9 Mrd. DM. Um insgesamt 12,2 Mrd. DM will sich der Bund dadurch entlasten, daß er Zahlungen an die Bundesländer, die Gemeinden und die Sozialversicherung verringert. So soll den Ländern bzw. den Gemeinden ein Teil der Wohngeldleistungen für Sozialhilfeempfänger nicht mehr erstattet werden. Ferner werden die Renten- und die Pflegeversicherungsbeiträge für Arbeitslosenhilfeempfänger gekürzt. Die Länder und Gemeinden werden infolge der Ausgabenverlagerungen zwar belastet, sie profitieren aber von einzelnen Maßnahmen des Sparpakets, vor allem von der Begrenzung der Lohnanhebung für Beamte. Bei der Sozialversicherung kommt es zu Ausgabenkürzungen um 5,6 Mrd. DM dadurch, daß die Renten und einige Sozialleistungen wie z.B. das Arbeitslosengeld und das Kurzarbeitergeld im Jahr 2000 nur im Ausmaß der Inflationsrate des Jahres 1999 und nicht gemäß der Nettolohnentwicklung erhöht werden. Dies ermöglicht eine kräftige Kürzung des Bundeszuschusses an die Sozialversicherung; insgesamt werden die Zahlungen des Bundes an die Sozialversicherung um 9,5 Mrd. DM verringert.

Das Sparpaket beinhaltet für den gesamten öffentlichen Sektor ein Einsparvolumen in Höhe von rund 17 Mrd. DM. Wahrscheinlich werden jedoch die Maßnahmen, die nicht ohne Zustimmung des Bundesrates durchgeführt werden können (z.B. die Begrenzung der Lohnanhebung für Beamte und die Verlagerung von Wohngeldzahlungen), nur teilweise verwirklicht. Deshalb ist nicht – wie häufig behauptet – damit zu rechnen, daß die Länder in Reaktion auf das Sparpaket ihre Ausgaben kürzen werden. Dies ist auch deshalb wenig wahrscheinlich, weil die Steuereinnahmen der Länder höher ausfallen werden als vor einigen Monaten veranschlagt. Insgesamt werden die Ausgaben des Staates im Jahr 2000 wohl um rund 15 Mrd. DM geringer sein, als dies ohne Sparpaket der Fall gewesen wäre.

Tabelle 2: Minderausgaben des Staates im Jahr 2000 infolge des Sparpakets der Bundesregierung (Mrd. DM)

	Zahlungen an Unternehmen und Haushalte	Zahlungen an öffentliche Stellen	Zusam- men
Bund			
Globale Minderausgaben (vor allem im Ressort Verteidigung)	2,6	.	2,6
Reduktion des Personalbestandes	0,6 ^a	.	0,6 ^a
Begrenzung der Lohnerhöhung für Beamte und Richter (und der Anhebung der Pensionen für Versorgungsempfänger) auf 0,7 vH (Inflationsausgleich)	0,3	.	0,3
Kürzung von Subventionen (Gasölbetriebsbeihilfe, Zuschuß an die Branntweinmonopolverwaltung, Eigenheimzulage)	0,1	.	0,1
Abschaffung der originären Arbeitslosenhilfe	1,0	.	1,0
Wegfall der Erstattung eines Teils des Wohngeldes	.	2,5	2,5
Verringerung der Anpassungssätze bei Lohnersatzleistungen, bei der Arbeitslosenhilfe sowie bei den Leistungen der Kriegsoferversorgung (Inflationsausgleich)	0,4 ^a	.	0,4 ^a
Aufwendungen für den Unterhaltsvorschuß	.	0,2	0,2
Senkung der Renten- und Pflegeversicherungsbeiträge des Bundes für Arbeitslosenhilfeempfänger ^b	.	4,5	4,5
Verringerung der Rentenversicherungsbeiträge des Bundes für Wehr- und Zivildienstleistende	.	0,5	0,5
Kürzung des Zuschusses an die Rentenversicherung	.	3,8	3,8
Kürzung des Zuschusses an die landwirtschaftliche Unfall-, Kranken- und Rentenversicherung	.	0,7	0,7
Sonstiges	4,9 ^a	.	4,9 ^a
Zusammen	9,9	12,2	22,1
Länder und Gemeinden			
Begrenzung der Lohnerhöhung und der Anhebung der Pensionen	1,4	.	1,4
Begrenzung der Eigenheimzulage	0,1	.	0,1
Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe	-0,5 ^c	.	-0,5
Kürzung der Wohngelderstattung durch den Bund	.	-2,5 ^d	-2,5
Begrenzung der Regelsatzerhöhung bei der Sozialhilfe	0,3	.	0,3
Aufwendungen für den Unterhaltszuschuß	.	-0,2 ^d	-0,2
Zusammen	1,3	-2,7	-1,4
Sozialversicherung			
Verringerung der Anhebung der Lohnersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit	1,4 ^a	.	1,4 ^a
Verringerung des Rentenniveaus ^c	4,2 ^a	.	4,2 ^a
Senkung der Versicherungsbeiträge für Arbeitslosenhilfeempfänger	.	-4,5 ^d	-4,5
Verringerung der Rentenversicherungsbeiträge für Wehr- und Zivildienstleistende	.	-0,5 ^d	-0,5
Verringerung des Zuschusses an die Gesetzliche Rentenversicherung	.	-3,8 ^d	-3,8
Kürzung des Zuschusses an die landwirtschaftliche Sozialversicherung	.	-0,7 ^d	-0,7
Zusammen	5,6	-9,5	-3,9
Staat (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung)	16,8	0,0	16,8

^a Eigene Schätzung. - ^b Bemessungsgrundlage: Zahlbetrag statt 80 vH des zuvor erhaltenen Bruttolohns.
- ^c Erhöhung der Sozialhilfe. - ^d Negative Beträge bedeuten eine Belastung durch die Ausgabenverlagerung durch den Bund. - ^e Verringerung des Satzes der Anhebung der Renten zur Jahresmitte 2000 um 2,4 Prozentpunkte.

Quelle: Entwurf eines Gesetzes zur Sanierung des Bundeshaushalts – Haushaltssanierungsgesetz; eigene Schätzungen.

Die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Jahr 2000 wird durch die Ausgabenpolitik der öffentlichen Hand um rund 7 Mrd. DM gedämpft. Zwar wird das Kindergeld um 4 Mrd. DM erhöht, durch die Ausgabenkürzungen im Rahmen des Sparpakets ergibt sich aber ein kontraktiver Effekt in Höhe von 11 Mrd. DM.¹ Die Abgabenbelastung (Steueraufkommen und Sozialversicherungsbeiträge in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) wird sich im Jahr 2000 per saldo nur geringfügig ändern. Die Mineralöl- und die Stromsteuer werden zwar erhöht (5 Mrd. DM), der Beitragssatz in der Rentenversicherung wird aber auf 19,3 vH gesenkt mit der Folge, daß Unternehmen und Haushalte um 3 Mrd. DM entlastet werden. Ein Andauern der konjunkturellen Belebung wird durch die Finanzpolitik nicht verhindert, zumal Konsumenten und Investoren infolge der Sparmaßnahmen mit einer geringeren Steuerbelastung in der Zukunft rechnen dürfen.

Lohnpolitik: Abgeschwächter Anstieg des Tariflohns

Im kommenden Jahr fällt der Metallindustrie erneut die Pilotfunktion in der Lohnrunde zu. Sie hat sich im Rahmen des Bündnisses für Arbeit bereits darauf festgelegt, die „Rente mit 60“ zum Kern ihrer Forderungen zu machen, gegebenenfalls verbunden mit der Bereitschaft zum Abschluß eines Dreijahresvertrags mit moderaten Tarifierhebungen. Bei den Arbeitgebern ist das Konzept einer „Rente mit 60“ bislang auf einhellige Ablehnung gestoßen; befürchtet wird eine Erhöhung der Lohnkosten.² Würden die Arbeitgeber die „Rente mit 60“ akzeptieren, dann wäre es bei Abschluß eines Dreijahresvertrags zwar sehr wahrscheinlich, daß in der Metallindustrie der Manteltarifvertrag für die 35-Stunden-Woche aus dem Jahr 1995, der Ende 2000 ausläuft, um weitere zwei Jahre verlängert wird. Damit würde die Lohnrunde nicht mit einem weiteren Reizthema belastet. Wir nehmen jedoch an, daß die Arbeitgeber selbst durch diese Perspektive nicht dazu veranlaßt werden können, dem Modell der „Rente mit 60“ zuzustimmen, und daß es daher in der Lohnrunde 2000 ausschließlich um Tarifierhöhungen gehen wird.

¹ Der dämpfende Effekt des Sparpakets beträgt nicht 15 Mrd. DM, weil sich ohne die im Sparpaket enthaltenen Eingriffe bei den von diesen betroffenen Ausgabenkategorien (vor allem bei den Renten) ein expansiver Effekt auf die Konjunktur ergeben hätte.

² Nach dem Konzept der IG Metall soll eine „Rente mit 60“ für alle diejenigen Beschäftigten möglich sein, die das 60. Lebensjahr vollendet haben und die mindestens 35 Beitragsjahre in der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten nachweisen können. Die dabei gegenüber einer Verrentung im Alter von 65 Jahren fälligen Abschläge von 0,3 Prozentpunkten je Monat bzw. von 18 vH für den gesamten Zeitraum vom 60. bis zum 65. Lebensjahr sollen in Form einer einmaligen Abschlagszahlung an die Sechzigjährigen ausgeglichen werden. Diese hat grundsätzlich der Arbeitgeber zu leisten. Er wird hierfür aus einem Tariffonds nur dann entschädigt, wenn er die frei gewordene Stelle mit einem Arbeitslosen oder einem Auszubildenden besetzt, der über den betrieblichen Bedarf hinaus ausgebildet wird. Gespeist werden soll dieser Fonds aus einer Abgabe von jährlich einem Prozent des Lohns, die jeweils hälftig vom Arbeitgeber und den Arbeitnehmern aufzubringen ist. Als Gegenleistung haben die Gewerkschaften eine moderate, langfristig angelegte Tarifpolitik in Aussicht gestellt. Das Modell einer „Rente mit 60“ soll auf fünf Jahre befristet sein.

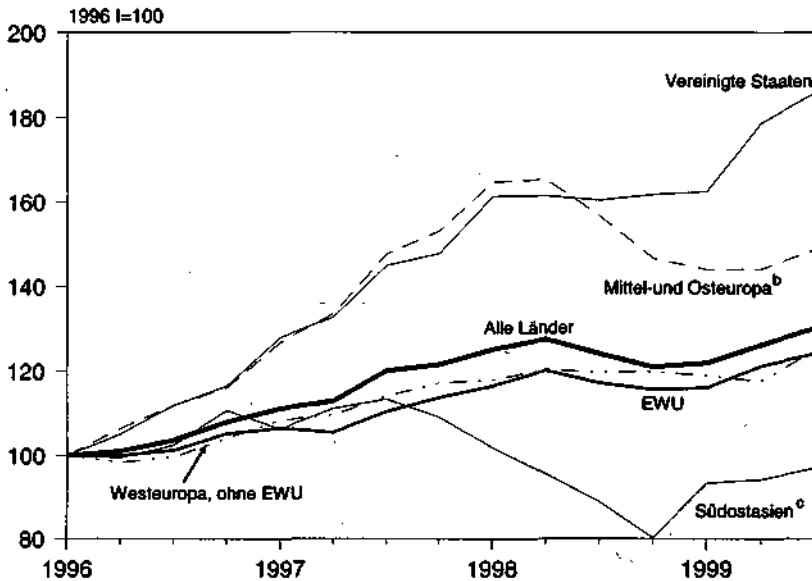
Wenn Anfang des nächsten Jahres die Tarifverhandlungen beginnen, wird die Beschäftigung in der Metallbranche der alten Bundesländer wahrscheinlich weiter zurückgegangen sein. In der Gesamtwirtschaft wird die registrierte Arbeitslosigkeit trotz einer leichten Abnahme immer noch hoch sein, und nennenswerte Beschäftigungsgewinne wird es kaum geben. Der gesamtwirtschaftliche Verteilungsspielraum wird sich infolge einer Verschlechterung der Terms of trade im Jahr 2000 wesentlich einengen. Die Verhandlungsposition der IG Metall ist demnach zunächst, auch mit Blick auf frühere Zusagen im Bündnis für Arbeit (nämlich Produktivitätsfortschritte wenigstens teilweise für Neueinstellungen zu nutzen) wenig günstig. Daher ist eine eher moderate Tarifierhebung beim Lohnführer Metall wahrscheinlich. Wir rechnen mit einem Abschluß von 2,6 vH. Für die Gesamtwirtschaft veranschlagen wir die Tariflohnerhöhung (Stundenbasis) im Jahr 2000 auf 2,2 vH (1999: 3,1 vH).³ Der Produzentenreallohn steigt im kommenden Jahr bei einer Zunahme des Deflators des Bruttoinlandsprodukts von 0,7 vH um 1,5 vH (1999: 2,2 vH). Bei dem erwarteten Anstieg der Arbeitsproduktivität um reichlich 2 vH bleibt damit noch ein gewisser Spielraum für eine Aufstockung der Beschäftigung. In welchem Umfang dieser ausgeschöpft wird, hängt bei dem hier gewählten Szenario auch davon ab, inwieweit die Unternehmen künftige Erhöhungen der Arbeitskosten berücksichtigen, die sich in der Tarifrunde 2001 in Verbindung mit der 32-Stunden-Woche ergeben könnten.

Export als Triebfeder der Konjunktur

Die Ausfuhr stand im Jahr 1999 im Zeichen der weltweiten konjunkturellen Erholung. Nach dem deutlichen Rückgang im zweiten Halbjahr 1998 nahmen die Lieferungen an das Ausland zunächst verhalten zu und gewannen im weiteren Jahresverlauf erheblich an Fahrt. So expandierten die realen Exporte von Gütern und Dienstleistungen im Sommerhalbjahr mit einer laufenden Jahresrate von 12,7 vH. Maßgeblich für die deutliche Belebung des Auslandsgeschäfts war die Überwindung der Konjunkturdelle im Euro-Raum. Im Zuge der konjunkturellen Expansion in den Vereinigten Staaten entwickelte sich der Absatz dorthin in diesem Jahr am dynamischsten (Schaubild 2). Die Nachfrage aus den südostasiatischen Schwellenländern stieg im Gefolge der dort sehr kräftigen Erholung, und auch die Lieferungen nach Mittel- und Osteuropa legten zuletzt wieder zu.

Die Exporte werden zunächst weiter zügig expandieren. Darauf deuten die Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland hin. Branchenumfragen zufolge erwarten die großen Bereiche Chemie, Maschinenbau und Elektrotechnik für das Jahr 2000 insgesamt eine stabil aufwärtsgerichtete Auslandsnachfrage. Die Automobilbranche, die den größten Teil der Warenausfuhr beisteuert, rechnet jedoch mit einem nur leichten Nachfrageplus. Gegen eine weitere Beschleunigung des zuletzt beobachteten Expansionstempos spricht ferner,

³ Öffentlicher Dienst: 2,2 vH ab dem 1. April 2000; für die Löhne und Gehälter der Beamten wird Konstanz bis zum 1. Juli 2000 angenommen, so daß sich für das zweite Quartal 1999 eine durchschnittliche Erhöhung für alle öffentlich Bediensteten von nur 1,3 vH ergibt. Baugewerbe: 1,8 vH ab dem 1. April 2000.

Schaubild 2: Warenausfuhr nach Regionen^a

^a Spezialhandel, saison- und arbeitstäglich bereinigte Quartalswerte. - ^b Bulgarien, Polen, Rumänien, Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ungarn, Rußland, Estland, Lettland, Litauen. - ^c Thailand, Indonesien, Philippinen, Südkorea, Taiwan, Hongkong, Singapur, VR China.

daß der Optimismus in der Exportwirtschaft seit der Jahresmitte nicht weiter zugenommen hat.

Im Verlauf des kommenden Jahres bleiben die Aussichten günstig. Die Absatzperspektiven für deutsche Exporteure in den südostasiatischen Schwellenländern dürften sich wegen des mehr und mehr auflaufenden Bedarfs an Erweiterungsinvestitionen weiter aufhellen, und in Mittel- und Osteuropa befindet sich die Erzeugung auf einem soliden Expansionskurs. Auch aus den Industrieländern kommen weiterhin Impulse. Dort wird die mit dem Anteil am deutschen Export gewichtete Industrieproduktion im kommenden Jahr um 3,5 vH und damit doppelt so stark wie 1999 zunehmen. Allerdings rechnen wir – vor allem wegen der konjunkturellen Abkühlung in den Vereinigten Staaten (Gern et al. 1999b) – mit einer Verringerung der Dynamik. Die preisliche Wettbewerbsposition der deutschen Anbieter bleibt nach der deutlichen Abwertung des Euro sowohl gegenüber dem US-Dollar als auch gegenüber dem Yen hoch; anders als 1999 wird sie sich jedoch wohl nicht verbessern. Mit dem Nachlassen der Impulse von der Abwertung werden sich die Ausfuhrzuwächse im Verlauf des nächsten Jahres allmählich verringern. Innerhalb der Europäischen Währungsunion profitiert die deutsche Exportwirtschaft davon, daß in Deutschland sowohl die Lohnstückkosten als auch die Erzeugerpreise sich relativ günstig entwickeln. Alles in allem rechnen wir mit einem Anstieg der Exporte um 6,5 vH im Jahr 2000, nach 3,8 vH in diesem Jahr.

Mit der Belebung der Exporte hat sich die Zunahme der Importe im Verlauf dieses Jahres verstärkt. Im kommenden Jahr wird bei allmählich nachlassenden Impulsen aus dem Ausland die inländische Nachfrage dynamischer expandieren als 1999. Allerdings geht von der Preisentwicklung ein dämpfender Einfluß auf die Importnachfrage aus. Diese wird 1999 ihr Vorjahresergebnis um 5,1 vH übertreffen. Im Jahr 2000 ist mit einem ähnlich hohen Zuwachs zu rechnen.

Unter dem Einfluß der Rohölpreise und des Euro-Wechselkurses zogen die Einfuhrpreise in diesem Jahr kräftig an. Während sie zu Jahresbeginn noch um 6,6 vH unter ihrem Vorjahresstand lagen, waren sie im Oktober um 4,2 vH höher als ein Jahr zuvor. Bei den Notierungen für Rohöl und andere Energieträger dürfte inzwischen der Höhepunkt überschritten sein; für die Prognose unterstellen wir, daß die Preise dieser Güter nachgeben werden. Da wir zudem mit einem in etwa konstanten Wechselkurs des Euro rechnen, wird der Einfuhrpreisauftrieb zum Stillstand kommen; ab dem Sommer 2000 werden sich importierte Güter und Dienstleistungen sogar etwas verbilligen. Der Deflator der Importe wird im kommenden Jahr um 2,4 vH anziehen, nachdem er 1999 wegen des niedrigen Stands zu Jahresbeginn seinen Vorjahreswert im Durchschnitt unterschritten hat (um 0,5 vH).

Bei deutlich höheren Preisen für Primärgüter und bei anziehenden Lohnkosten sind die Ausfuhrpreise im Verlauf dieses Jahres fühlbar gestiegen. Wegen ihres geringen Niveaus Anfang 1999 werden sie im Jahresdurchschnitt unter ihrem Wert im Jahr 1998 bleiben (um 0,5 vH). Maßvolle Tarifabschlüsse und ein nachlassender Preisdruck seitens der Importe tragen dazu bei, daß sich der Exportpreisauftrieb 2000 verlangsamen wird. Der Deflator der Ausfuhr wird um 1,4 vH über seinem Wert im Jahr 1999 liegen.

Investitionen: Robuster Aufschwung

Die Ausrüstungsinvestitionen haben sich im Verlauf dieses Jahres überraschend kräftig entwickelt. Für das Jahresergebnis erwarten wir eine Zunahme um 5,7 vH gegenüber dem Vorjahr. Angesichts der deutlichen Eintrübung des Geschäftsklimas im Winterhalbjahr 1998/99 erschien für 1999 zunächst eine merkliche Verlangsamung der Investitionstätigkeit als wahrscheinlich. Die Robustheit der Investitionsdynamik ist wohl im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die konjunkturelle Abschwächung in der zweiten Jahreshälfte 1998 nur als temporäres Phänomen eingeschätzt worden ist.

Seit Frühjahr dieses Jahres hat sich mit Nachlassen der dämpfenden Einflüsse aus dem Ausland das Investitionsklima verbessert. Aufgrund der optimistischen Geschäftserwartungen und der überdurchschnittlichen Kapazitätsauslastung ist mit einer Fortsetzung des Investitionsaufschwungs zu rechnen. Im Prognosezeitraum dürfte sich zudem der erwartete Rückgang der Lohnstückkosten positiv auf die Ertragerwartungen auswirken. Ferner wird es wegen der für das Jahr 2001 geplanten Verschärfung der Abschreibungsregeln zu Vorzieheffekten kommen, um noch die jetzige Regelung in Anspruch nehmen zu können. Die genaue Ausgestaltung der Unternehmenssteuerreform ist derzeit noch unklar. Erschwerend für die Prognose kommt hinzu, daß sich der Nettoeffekt der Steuerreform auf die Investitionstätigkeit zur Zeit kaum abschätzen läßt, weil eine Verbreiterung der

Bemessungsgrundlage bei gleichzeitiger Senkung der Steuersätze für sich genommen zu weniger rein steuerlich motivierten Investitionen führt (siehe Boss et al. 1999: 300), während die geplante Nettoentlastung des Unternehmenssektors die Investitionsanreize erhöht. Dämpfend wirken im Prognosezeitraum die gestiegenen Kapitalmarktzinsen und der Auftrieb bei den Rohstoffpreisen. Alles in allem rechnen wir für das nächste Jahr mit einer etwas geringeren Ausweitung der Ausrüstungsinvestitionen als in diesem, wobei die Zunahme mit einer Rate von 4,9 vH immer noch recht hoch ausfallen wird.

Die lebhafteste Investitionsdynamik bei den Sonstigen Anlagen, die im wesentlichen gekaufte und selbsterstellte Software umfassen, hat sich in diesem Jahr mit einer Ausweitung der Investitionstätigkeit um voraussichtlich 10,9 vH im großen und ganzen fortgesetzt. Treibende Kraft waren offenbar die Vorbereitungen auf den Jahrtausendwechsel. Für das Jahr 2000 erwarten wir ein Nachlassen der Investitionsdynamik, da die meisten Unternehmen ihre EDV-Anlagen wohl termingerechtem zum Ende dieses Jahres angepaßt haben werden. Gleichwohl bleiben die Expansionsraten in diesem Bereich hoch, wozu sowohl die schnelle technische Entwicklung bei Hard- und Software als auch die zunehmende kommerzielle Bedeutung des Internets beitragen. Im kommenden Jahr werden die Investitionen in Sonstige Anlagen um 6,6 vH zunehmen.

Nach den Rückgängen in den Vorjahren haben die Bauinvestitionen im bisherigen Verlauf des Jahres 1999 stagniert; für das Jahr 2000 erwarten wir eine moderate Erholung. Während bei Auftrageingängen und Baugenehmigungen vor allem in Westdeutschland schon seit längerem in der Grundtendenz eine leichte Aufwärtsentwicklung erkennbar ist, zeigen nun auch die Geschäftserwartungen im Bausektor, daß die Produktion in näherer Zukunft anziehen wird. Von einem ausgeprägten Aufschwung kann aber vorerst nicht die Rede sein.

Die Frühindikatoren deuten darauf hin, daß wohl nur der Wirtschaftsbaubau merklich an Dynamik gewinnen wird. Die rege Investitionstätigkeit bei Ausrüstungsgütern macht zunehmend bauliche Maßnahmen notwendig. Der Überhang an Wirtschaftsbauten aus der Boomphase zu Beginn der neunziger Jahre, der bislang die Bautätigkeit in diesem Bereich gedämpft hat, ist zudem weitgehend vom Markt absorbiert. Bei den Wohnungsbauminvestitionen ist hingegen keine spürbare Belebung zu erwarten. Zwar dürften die Rückgänge beim Mietwohnungsbau weniger kräftig ausfallen als in den vergangenen Jahren, eine Trendwende ist hier aber noch nicht zu erkennen. Die deutliche Ausweitung des Bestands in der ersten Hälfte der neunziger Jahre läßt neue Investitionen wenig attraktiv erscheinen. In den vergangenen Jahren hat es zudem einen Trend hin zu Eigenheimbauten gegeben. Die Entwicklung der Baugenehmigungen deutet an, daß sich die Bautätigkeit in diesem Segment auf hohem Niveau stabilisiert hat, so daß die Dynamik dieses Bereichs im Prognosezeitraum etwas nachlassen dürfte. Ein stützender Einfluß auf die Bautätigkeit geht von den recht niedrigen Hypothekenzinsen und der spürbaren Zunahme der real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte aus. Alles in allem werden die Wohnungsbauminvestitionen im Jahr 2000 verhalten steigen (Tabelle 3).

Nachdem in den vergangenen Jahren im Zuge der Haushaltskonsolidierung die öffentlichen Bauinvestitionen sehr kräftig gekürzt worden sind, hat die Bes-

Tabelle 3: Zur Entwicklung der realen Bauinvestitionen in Deutschland 1998–2000

	Anteile in vH 1998	1998 ^a in vH	1999 ^{a,b} in vH	2000 ^{a,b} in vH
Bauinvestitionen	100	-3,9	-0,6	2,1
Wohnbauten	57,5	-3,6	-0,4	1,5
Nichtwohnbauten	42,5	-4,2	-0,9	2,8
Wirtschaftsbauten	30,5	-3,3	-2,4	2,8
Öffentliche Bauten	12,0	-6,6	2,8	2,8

^a Zuwachs gegenüber dem Vorjahr in vH. – ^b Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1999b), Deutsche Bundesbank (1999a), eigene Schätzungen und Prognose.

serung der Haushaltslage der Gemeinden in diesem Jahr wieder eine Ausweitung der Bautätigkeit ermöglicht. Da auch für das nächste Jahr mit deutlich steigenden Steuereinnahmen der Gemeinden gerechnet werden kann, werden die öffentlichen Bauinvestitionen die Baukonjunktur weiterhin stützen.

Privater Verbrauch: Gleichbleibendes Expansionstempo

Die Verbrauchskonjunktur blieb in diesem Jahr aufwärtsgerichtet; die realen privaten Konsumausgaben dürften 1999 allerdings weniger stark als im Vorjahr zugenommen haben. Gleichwohl kann nicht von einer Konsumschwäche gesprochen werden. Vielmehr stieg der private Verbrauch schneller als die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, so daß ein weiterer Rückgang der Sparquote zu verzeichnen war. Dieser fiel jedoch deutlich geringer als im Vorjahr aus. Offenbar haben die privaten Haushalte angesichts der Diskussion um die Alterssicherungssysteme, der Verunsicherung über die Neuregelung der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse und der Eintrübung der Lage am Arbeitsmarkt ihre Ersparnis aus dem Vorsichtsmotiv erhöht. Allerdings fiel die Zunahme gering aus; das liegt vermutlich an dem Bestreben der privaten Haushalte, ihre Konsumausgaben zu verstetigen und dementsprechend auf eine vorübergehende Abschwächung in der Einkommensentwicklung nicht mit Konsumverzicht zu reagieren.⁴

Im kommenden Jahr wird sich die Einkommenssituation der privaten Haushalte aufgrund der konjunkturellen Belebung spürbar verbessern. Zwar wird die Anhebung der Tariflöhne geringer als in diesem Jahr ausfallen; gleichzeitig wird jedoch die Beschäftigung deutlich zunehmen, so daß mit einer weiterhin kräftigen Expansion der Arbeitseinkommen zu rechnen ist. Einen starken Zuwachs

⁴ Zum Beitrag intertemporaler Modelle für die Erklärung des Konsumentenverhaltens in Deutschland siehe Döpke und Kamps (1999).

werden im Zuge der besseren Konjunktur die übrigen Primäreinkommen der privaten Haushalte (Selbständigen- und Vermögenseinkommen) verzeichnen. Zudem werden die Abgaben gesenkt. So werden bei der Einkommensteuer der Grundfreibetrag erhöht und der Eingangs- sowie der Spitzensteuersatz gesenkt. Im Zuge der ökologischen Steuerreform wird der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung für die Arbeitnehmer um 0,1 Prozentpunkte abnehmen.⁵ Gedämpft wird die Einkommensexpansion hingegen durch die nur langsam steigenden Transferleistungen. Zwar wird das Kindergeld erhöht, die gesetzlichen Altersrenten und auch sonstige Sozialtransfers nehmen jedoch im Zuge der Sparmaßnahmen nur wenig zu.

Insgesamt dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte im Jahr 2000 um rund 3,5 vH zunehmen. Unter Berücksichtigung des Verbraucherpreisanstiegs ergibt sich ein Zuwachs der real verfügbaren Einkommen um reichlich 2 vH. Da die Sparquote erfahrungsgemäß einem prozyklischen Muster folgt, ist damit zu rechnen, daß sie im kommenden Jahr angesichts der guten Konjunktur leicht steigen wird. Im Ergebnis dürften die realen privaten Konsumausgaben um 2 vH zunehmen.

Verbraucherpreisanstieg bleibt mäßig

Der Preisindex für die Lebenshaltung der privaten Haushalte ist im Durchschnitt des Jahres 1999 nur leicht gestiegen. Nachdem zu Jahresbeginn noch ein leichter Rückgang des Index zu verzeichnen gewesen war, nahmen die Verbraucherpreise ab April deutlich zu. Maßgeblich hierfür waren die Anhebung der Energiesteuern im Rahmen der ökologischen Steuerreform und insbesondere das rasante Anziehen der Notierungen am internationalen Rohölmarkt. Unter Ausschluß dieser beiden Einflüsse blieb das Preisniveau annähernd konstant. Insgesamt sind die Verbraucherpreise 1999 um 0,6 vH gegenüber dem Vorjahr gestiegen; damit lag die Teuerungsrate deutlich unter derjenigen für Euroland.

Auch im kommenden Jahr wird die Preisentwicklung alles in allem in ruhigen Bahnen verlaufen. Zwar nehmen im Konjunkturaufschwung die Preiserhöhungsspielräume der Unternehmen zu. Außerdem wird sich der Preisauftrieb zu Jahresbeginn angesichts des Inkrafttretens der zweiten Stufe der ökologischen Steuerreform leicht beschleunigen. Im weiteren Jahresverlauf wird sich jedoch der Verbraucherpreisanstieg abflachen. So wird der von uns erwartete Rückgang der Rohölnotierungen seinen Ausdruck in nach der Jahresmitte leicht rückläufigen Einfuhrpreisen finden. Zudem werden die Lohnstückkosten im Jahr 2000 angesichts moderater Tarifabschlüsse und einer erfahrungsgemäß im Konjunkturaufschwung beschleunigt zunehmenden Arbeitsproduktivität sinken. Weiterhin dürften die Liberalisierung des Strommarktes und der verstärkte Wettbewerbsdruck im Einzelhandel preisdämpfend wirken. Alles in allem rechnen wir für das Jahr 2000 mit einem Anstieg der Konsumentenpreise um 1,4 vH.

⁵ Die Anhebung der Energiesteuern wirkt sich – unter der Annahme der vollen Überwälzung auf die Verbraucher – nicht auf die nominal verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte aus, führt aber zu einem stärkeren Preisanstieg und damit zu niedrigeren Realeinkommen.

Arbeitslosigkeit sinkt wieder

Die konjunkturelle Erholung seit dem Sommer hat noch nicht zu einer Wende auf dem Arbeitsmarkt geführt. Die provisorischen Erwerbstätigenzahlen für die ersten drei Quartale 1999⁶ zeigen sogar einen sich verstärkenden Beschäftigungsabbau. Parallel hierzu ist die registrierte Arbeitslosigkeit leicht angestiegen. Im Oktober und November ist sie gefallen, was jedoch in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß das Angebot an abhängigen Arbeitskräften⁷ beschleunigt abgenommen hat. Die Reduzierung der Beschäftigung dürfte sich im vierten Quartal mit verringerter Rate fortgesetzt haben.

Die Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt beruht vor allem auf der Entwicklung in Ostdeutschland. Hier erhöhte sich die registrierte Arbeitslosigkeit saisonbereinigt von Januar bis Oktober um mehr als 8 vH; erst im November kam es zu einer Unterbrechung dieses Trends. Die Erwerbstätigkeit dürfte bis zuletzt stark zurückgegangen sein. Verantwortlich hierfür sind neben einem strukturell bedingten Abbau von Überkapazitäten im Baugewerbe und im Öffentlichen Dienst vor allem die Einschnitte bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Die Beschäftigung schaffenden Maßnahmen insgesamt (BSM) wurden von Januar bis November dieses Jahres um über 80 000 Personen reduziert. Gleichzeitig nahm die Zahl der Teilnehmer an Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen um 20 000 Personen ab. Der Rückgang der Beschäftigung wurde auch durch das Programm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit nur wenig abgebremst. Die anhaltende Expansion der Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands ist wegen des noch sehr geringen Gewichtes dieses Sektors keine wesentliche Stütze für den Arbeitsmarkt.

In den alten Bundesländern ging demgegenüber die registrierte Arbeitslosigkeit von Januar bis November kontinuierlich zurück (um mehr als 100 000 Personen). Hierin kommen nahezu ausschließlich demographisch bedingte Entlastungseffekte zum Ausdruck. Die Beschäftigung dürfte bestenfalls stagniert haben. Im Verarbeitenden Gewerbe, dessen Personalbestand von Juli 1998 bis Februar 1999 erstmals seit dem deutschen Vereinigungsboom das Vorjahresniveau wieder übertroffen hatte, bewirkte die Konjunkturdelle zusammen mit den sehr hohen Tariflohnabschlüssen vom Februar dieses Jahres einen zunehmenden Stellenabbau. Lag die Zahl der Erwerbstätigen in diesem Bereich im Januar 1999 noch um gut 20 000 Personen über Vorjahresniveau, so wurde dieses im September bereits um mehr als 70 000 Personen unterschritten. Hierdurch dürfte auch die Beschäftigungsausweitung bei den Unternehmensdienstleistern vorübergehend ins Stocken geraten sein. Lediglich in den übrigen Dienstleistungsbereichen wird sie sich fortgesetzt haben – wenn auch mit deutlich vernunderter Rate.

⁶ Diese sind weiterhin nicht durch die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die von der Bundesanstalt für Arbeit aufbereitet wird, abgestützt, da die Umstellung im Meldeverfahren zur Sozialversicherung immer noch nicht abgeschlossen worden ist.

⁷ Unsere revidierte Schätzung des Arbeitsangebots trägt u.a. den neuesten Ergebnissen der Altersstrukturerhebung der Wohnbevölkerung am 31. Dezember 1997, der Bildungsbeteiligung im Schuljahr 1997/98 bzw. im Wintersemester 1998/99 sowie den Außenwanderungen bis zum ersten Quartal 1999 Rechnung.

Vor allem in Westdeutschland erwarten wir, daß aufgrund wesentlich niedrigerer Tarifabschlüsse als in der diesjährigen Lohnrunde und einer Kräftigung der Konjunktur der Beschäftigungsabbau schon bald zu Ende gehen wird. Im kommenden Jahr wird die Erwerbstätigkeit in Gesamtdeutschland beschleunigt steigen.⁸ Im Verlauf von 2000 wird sie saisonbereinigt um 0,7 vH zunehmen (1998: 0,9 vH). In den neuen Bundesländern dürfte sich der Rückgang der Erwerbstätigkeit merklich abschwächen, wozu in erster Linie eine Stabilisierung bei den BSM sowie ein etwas langsames Tempo der strukturell bedingten Arbeitskräftefreisetzungen im Baugewerbe und im Öffentlichen Dienst beitragen werden.

Tabelle 4: Arbeitsmarktbilanz^a für Deutschland 1997–2000^b

	1997	1998	1999	2000
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland) (A) nachrichtlich:	31 949	32 001	32 067	32 112
Kurzarbeiter	183	115	119	97
BSM in Ostdeutschland ^c	235	315	349	311
Pendlersaldo	62	64	64	65
Beschäftigte Arbeitnehmer (Inländer)	31 887	31 937	32 003	32 046
Selbständige ^d	3 918	3 993	4 037	4 102
Erwerbstätige insgesamt (Inland)	35 866	35 994	36 103	36 213
Geschätztes Potential an abhängigen Arbeitskräften (Inland) (B)	37 742	37 614	37 362	37 048
Gesamte Arbeitslosigkeit ^e	5 793	5 613	5 295	4 936
Registrierte Arbeitslosigkeit	4 393	4 279	4 103	3 930
Stille Reserve ^f	1 400	1 334	1 192	1 006
Stille Reserve in vH der gesamten Arbeitslosigkeit	24,2	23,8	22,5	20,4
Arbeitslosenquote ^g	10,9	10,6	10,2	9,8

^a Angepaßt an die Revision der Beschäftigtenzahlen durch das Statistische Bundesamt im Rahmen der Umstellung auf das ESVG 1995, die eine Neuberechnung des Angebots an abhängigen Arbeitskräften erforderlich macht. – ^b 1000 Personen. – ^c BSM: Beschäftigung schaffende Maßnahmen, d.h. allgemeine Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen (ABM) und Struktur Anpassungsmaßnahmen (SAM). – ^d Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. – ^e (B)–(A). – ^f Im engeren Sinne, d.h. vor allem ohne Teilnehmer an Vollzeitmaßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wie beispielsweise Fortbildung und Umschulung, Sprachkursen oder Rehabilitationsmaßnahmen zur Wiedereingliederung ins Berufsleben. Nicht zum Potential und damit nicht zur stillen Reserve werden auch die Bezieher von Altersübergangsgeld (Ost) und Renten wegen Arbeitslosigkeit im erwerbsfähigen Alter (60–64 Jahre) sowie die Empfänger von Arbeitslosengeld wegen vorzeitigem Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gemäß § 428 SGB III gezahlt. – ^g Registrierte Arbeitslose in vH der Summe aus den erwerbstätigen Inländern und den registrierten Arbeitslosen.

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit (1999), Statistisches Bundesamt (1995; 1997; 1998; 1999a; 1999b; lfd. Jgg.), eigene Schätzungen und Prognosen.

⁸ Ein dämpfender Faktor sind hierbei allerdings die für Anfang 2001 anstehenden Verhandlungen der Tarifparteien über die 32-Stunden-Woche.

Die anziehende Nachfrage nach Arbeitskräften und das beschleunigt abnehmende Arbeitsangebot bewirken im Jahr 2000 einen Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit auf 3,9 Millionen Personen (Tabelle 4). Einer noch stärkeren Verringerung der registrierten Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr steht nicht zuletzt entgegen, daß – wie wir erwarten – das Arbeitsverbot für nach dem 15. Mai 1997 eingereiste Asylbewerber ab dem 1. Januar 2000 aufgehoben wird. Dabei erfolgt eine Umschichtung innerhalb der gesamten Arbeitslosigkeit von der stillen Reserve zu den registrierten Arbeitslosen. Dies leistet einen wesentlichen Beitrag dazu, daß die gesamte Arbeitslosigkeit im kommenden Jahr kräftiger (um 6,8 vH) zurückgeht als die registrierte Arbeitslosigkeit (um 4,2 vH). Der weitaus größte Teil des Abbaus der registrierten Arbeitslosigkeit dürfte auf die alten Bundesländer entfallen. Für den Arbeitsmarkt der neuen Bundesländer ist als positiv zu werten, daß trotz einer weiter rückläufigen Beschäftigung die Arbeitslosigkeit nicht abermals steigt, sondern merklich sinken wird. Dabei spielen die angenommene Stabilisierung bei den BSM sowie ein sich sehr stark beschleunigender Rückgang des Arbeitsangebots die ausschlaggebende Rolle.

Ostdeutschland fällt erneut zurück

Bereits seit 1997 expandiert die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland mit unterdurchschnittlichen Raten. In der ersten Hälfte des Jahres 1999 hat die ostdeutsche Wirtschaft gegenüber der westdeutschen weiter an Boden verloren. Das reale Bruttoinlandsprodukt nahm gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 mit 0,3 vH (einschließlich Berlin) etwas langsamer zu als das westdeutsche (Tabelle 5).⁹ Dabei hat sich die ostdeutsche Industrie 1999 recht dynamisch entwickelt. So stieg die reale Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands im ersten Halbjahr 1999 im Vorjahresvergleich um 1,9 vH, während sie in Westdeutschland um 0,8 vH sank. Als Bremse im ostdeutschen Aufholprozeß hat auch in diesem Jahr das Baugewerbe gewirkt, dessen Anteil an der gesamten Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland mit etwa einem Zehntel noch immer mehr als doppelt so hoch ist wie in Westdeutschland.

Spürbar beeinflußt wird die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland durch die Einbeziehung Berlins.¹⁰ Die Zuwachsrate des ostdeutschen Bruttoin-

⁹ Mit der Berechnung des Bruttoinlandsprodukts für das 1. Halbjahr 1999 legt der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ erstmals Ergebnisse nach dem neuen Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) vor. Der Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ hat die Umstellungsarbeiten auf das ESGV 1995 noch nicht abgeschlossen. Revidierte Reihen für das Bruttoinlandsprodukt in den neuen Bundesländern liegen daher noch nicht vor.

Mit der Umstellung auf das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) entfällt der getrennte Ausweis für Berlin-West und für Berlin-Ost, so daß eine Untergliederung in „Früheres Bundesgebiet“ und „Neue Bundesländer und Berlin-Ost“ nicht mehr möglich ist. Berlin kann nur noch als ganzes entweder Ost- oder Westdeutschland zugerechnet werden.

¹⁰ Der Anteil des Bruttoinlandsprodukts Berlins am westdeutschen Bruttoinlandsprodukt lag 1998 bei knapp 5 vH, am ostdeutschen Bruttoinlandsprodukt bei reichlich 36 vH.

Tabelle 5: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe in Ost- und in Westdeutschland im ersten Halbjahr 1999

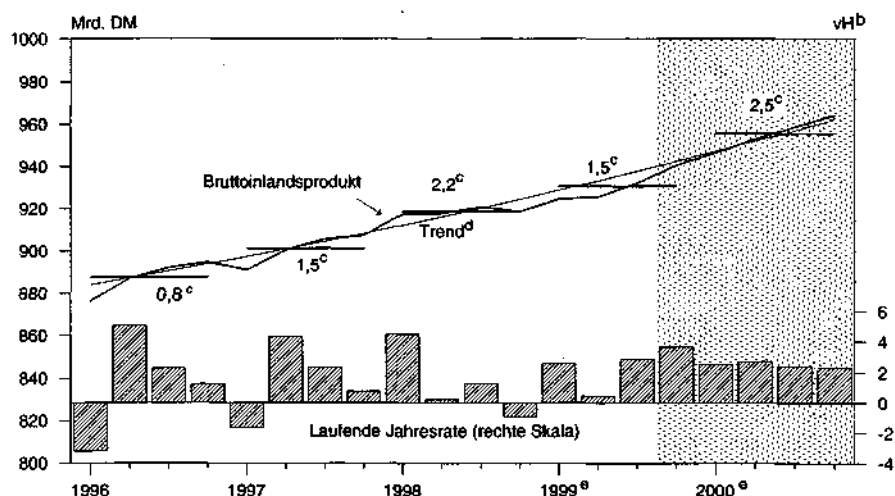
	Ostdeutschland		Westdeutschland	
	ohne Berlin	einschl. Berlin	ohne Berlin	einschl. Berlin
Bruttoinlandsprodukt ^a	0,7	0,3	0,9	0,8
Nachrichtlich: Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ^a	3,1	1,9	-0,8	-0,8

^a In Preisen von 1995. Veränderung im ersten Halbjahr 1999 gegenüber dem ersten Halbjahr 1998 in vH.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

landsprodukts war im ersten Halbjahr 1999 einschließlich Berlin weniger als halb so hoch wie ohne Berlin. Seit der Wiedervereinigung ist es der Berliner Wirtschaft noch nicht gelungen, Tritt zu fassen. Im Jahr 1998 war Berlin unter allen Bundesländern das einzige, in dem das Bruttoinlandsprodukt sank (-0,3 vH). Im ersten Halbjahr 1999 nahm es im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 0,8 vH ab. Die Deindustrialisierung, die nach dem Wegfall der Berlinförderung einsetzte und die Zahl der Arbeitsplätze in der Industrie seit 1990 um zwei Drittel reduzierte, konnte bislang nicht kompensiert werden. Zwar verzeichnet der Dienstleistungsbereich derzeit starke Beschäftigungszuwächse; er hat aber noch nicht die Bedeutung wie in anderen deutschen Großstädten erlangt. Man darf allerdings nicht außer acht lassen, daß die Stadt Berlin mit ihrem Umland eine wirtschaftliche Einheit bildet. So profitieren insbesondere die im Süden und Westen an Berlin angrenzenden Regionen von den Standortvorteilen vergleichsweise günstiger Preise für Produktionsfaktoren bei gleichzeitiger Nähe zur Großstadt, die sie gerade für Industriebetriebe attraktiv machen; im ersten Halbjahr 1999 erreichte Brandenburg mit 3,7 vH nach Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern unter allen Bundesländern die dritthöchste Zuwachsrate der industriellen Bruttowertschöpfung.

Im Jahr 2000 wird der Aufholprozeß in Ostdeutschland nicht wieder in Gang kommen. Zwar wird im Verarbeitenden Gewerbe die Dynamik bedingt durch die derzeit relativ gute Auftragslage, vor allem aus dem Ausland, anhalten; dies gilt insbesondere für die Produzenten von Vorleistungs- und von Investitionsgütern. Der Zuwachs der Industrieproduktion wird mit 4–5 vH etwa so hoch ausfallen wie in diesem Jahr. In der Bauwirtschaft dagegen deuten die Frühindikatoren darauf hin, daß sich der derzeitige leichte Aufwärtstrend im nächsten Jahr nicht fortsetzt. Die Produktionsrückgänge werden unserer Einschätzung nach sogar noch stärker sein als im Durchschnitt des laufenden Jahres. Die Talsohle im ostdeutschen Bau scheint noch nicht erreicht. Der Zuwachs der Produktion im gesam-

Schaubild 3: Reales Bruttoinlandsprodukt^a in Deutschland

^aSaison- und arbeitstäglich bereinigt. - ^bVeränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet. - ^cVeränderung gegenüber dem Vorjahr in vH. - ^dBerechnet mit Hilfe eines Hodrick-Prescott-Filter. - ^eAb 1999 IV Prognose.

Tabelle 6: Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1998–2000^a

	1998				1999				2000			
	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q.	1. Q.	2. Q.	3. Q.	4. Q. ^b	1. Q. ^b	2. Q. ^b	3. Q. ^b	4. Q. ^b
Bruttoinlandsprodukt	4,3	0,2	1,2	-0,8	2,5	0,5	2,9	3,7	2,5	2,7	2,4	2,3
Private												
Konsumausgaben	5,6	-0,3	3,2	2,0	3,7	-1,4	2,7	3,0	2,0	2,0	2,0	2,0
Konsumausgaben des Staates	8,5	-1,6	-2,2	-5,1	12,7	-5,4	2,5	0,0	1,4	1,3	1,8	1,6
Ausrüstungs-investitionen	17,5	3,4	12,3	0,5	15,5	-4,6	4,3	4,1	6,1	6,1	6,1	6,1
Bauinvestitionen	-1,3	-19,8	5,7	-7,4	8,3	-5,1	2,8	-2,5	3,2	3,3	3,3	3,4
Sonstige Anlagen	23,6	4,2	26,8	12,0	11,7	7,5	3,6	8,2	4,1	8,2	8,2	8,2
Ausfuhr	9,5	7,4	-4,5	-8,8	3,2	13,6	11,7	8,5	6,0	5,7	5,5	5,0
Einfuhr	13,2	6,4	1,9	0,2	3,0	11,7	6,5	6,5	4,5	6,5	5,5	4,5
Letzte inländische Verwendung	5,3	-0,2	3,2	1,8	2,5	-0,2	1,4	3,1	2,1	2,9	2,3	2,1
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland ^c	31 859	31 930	32 068	32 148	32 132	32 094	32 040	32 008	32 017	32 064	32 139	32 229
Arbeitslose ^c	4 433	4 339	4 207	4 128	4 094	4 103	4 120	4 092	4 040	3 975	3 895	3 795

^a In Preisen von 1995. Saison- und arbeitstäglich bereinigt mit Hilfe des Census X-11-Verfahrens. Veränderung gegenüber Vorjahr auf Jahresrate hochgerechnet, in vH. - ^b Prognose. - ^c In 1000 Personen.

Quelle: Deutsche Bundesbank (1999a), Statistisches Bundesamt (1999c), eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 7: Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 1997–2000

	1998	1997	1998	1999 ^a	2000 ^a
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen	Mrd. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH			
Private Konsumausgaben	2174,7	2,5	3,2	2,9	3,3
Konsumausgaben des Staates	719,4	-0,5	0,7	2,7	1,7
Anlageinvestitionen	797,2	0,7	1,6	1,7	3,8
Ausrüstungsinvestitionen	297,0	4,5	10,0	5,4	5,6
Bauinvestitionen	460,7	-1,7	-4,0	-1,2	2,5
Sonstige Anlagen	39,5	6,9	12,3	8,5	5,6
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	29,6	7,11	29,6	35,0	36,3
Ausfuhr	1092,1	12,3	7,0	3,2	8,0
Einfuhr	1028,9	11,2	6,4	4,6	7,8
Außenbeitrag (Mrd. DM)	63,3	53,6	63,3	50,9	57,7
Bruttoinlandsprodukt	3784,2	2,2	3,2	2,4	3,3
Bruttonationaleinkommen	3754,1 ^b	2,2	2,9	2,4	3,5
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Preisen von 1995					
Private Konsumausgaben	2078,8	0,7	2,3	2,0	2,0
Konsumausgaben des Staates	708,0	-1,1	0,5	0,7	1,0
Anlageinvestitionen	796,7	0,5	1,4	2,3	3,4
Ausrüstungsinvestitionen	290,3	3,4	9,2	5,7	4,9
Bauinvestitionen	465,7	-1,4	-3,9	-0,6	2,1
Sonstige Anlagen	40,7	5,9	15,1	10,9	6,6
Vorratsveränderung (Mrd. DM)	34,7	8,7	34,7	35,0	35,7
Ausfuhr	1075,6	10,9	7,0	3,8	6,5
Einfuhr	1015,0	8,3	8,5	5,1	5,2
Außenbeitrag (Mrd. DM)	60,5	69,8	60,5	48,8	65,9
Bruttoinlandsprodukt	3678,6	1,5	2,2	1,5	2,5
Bruttonationaleinkommen	3651,3	1,4	1,8	1,4	2,7
Preisniveau des Bruttoinlandsprodukts 1995=100					
Private Konsumausgaben	104,6	1,7	0,9	0,9	1,3
Ausrüstungsinvestitionen	102,3	1,0	0,7	-0,3	0,7
Bauinvestitionen	98,9	-0,2	-0,1	-0,6	0,4
Sonstige Anlagen	97,1	1,0	-2,4	-2,2	-1,0
Ausfuhr	101,5	1,3	0,0	-0,5	1,4
Einfuhr	101,4	2,7	-2,0	-0,5	2,4
Bruttoinlandsprodukt	102,9	0,8	1,0	0,9	0,7
Einkommensverteilung	Mrd. DM				
Volkseinkommen	2823,2	1,8	2,6	1,7	3,2
Arbeitnehmerentgelt	2001,8	0,3	1,6	2,3	2,3
in vH des Volkseinkommens		71,6	70,9	71,3	70,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	821,4	6,0	5,3	0,6	5,3
Lohnkosten je Produkteinheit ^b		-1,6	-1,4	0,0	-0,8
Produktivität ^c		2,3	1,8	1,1	2,2
Arbeitslose (Tsd.)		4393	4279	4103	3930
Arbeitslosenquote (vH)		10,9	10,6	10,2	9,8
Erwerbstätige ^d (Tsd.)		35866	35994	36103	36213
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. DM		-96,5	-65,5	-57,9	-53,4
in vH des Bruttoinlandsprodukts		-2,6	-1,7	-1,5	-1,3
Schuldenstand ^e		60,8	60,7	60,8	60,3
Leistungsbilanzsaldo (Mrd. DM)		-2,4	-6,2	-15,0	-10,0

^a Prognose. - ^b Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. - ^c Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. - ^d Inlandskonzept. - ^e In Relation zum Bruttoinlandsprodukt, Abgrenzung gemäß dem Vertrag von Maastricht.

Quelle: Statistisches Bundesamt (1999c), eigene Berechnungen und Prognosen.

ten Produzierenden Sektor von knapp 2 vH in diesem Jahr wird sich im nächsten Jahr nicht erhöhen. Der private Dienstleistungsbereich einschließlich Handel und Verkehr wird voraussichtlich mit einer Rate von 3,5 bis 4 vH expandieren, während der öffentliche Sektor leicht schrumpfen wird. Insgesamt erwarten wir, daß der Anstieg des ostdeutschen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2000 mit rund 2 vH etwas höher ausfallen wird als im Jahr 1999; die Schere zwischen Ost und West wird damit größer.

Ausblick: Kapazitätsauslastung nimmt weiter zu

Zum Jahresende dürfte sich die deutsche Konjunktur weiter beschleunigt haben. Insgesamt wird sich das reale Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 1,5 vH gegenüber dem Vorjahr erhöht haben (Schaubild 3).

Im nächsten Jahr wird die Kapazitätsauslastung weiter steigen (Tabelle 6). Die Zunahme der Exportnachfrage, die 1999 durch die Expansion der Produktion im Ausland und den niedrigen realen Außenwert des Euro begünstigt wurde, wird sich etwas verlangsamen. Von binnenwirtschaftlicher Seite wird der konjunkturelle Auftrieb durch die infolge der wieder verbesserten Beschäftigungssituation steigenden verfügbaren Einkommen gestützt. Der private Verbrauch wird moderat zunehmen. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen bleibt weiter hoch, die jüngste Straffung der monetären Rahmenbedingungen wird sie nur wenig einschränken. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2000 sein Vorjahresniveau um 2,5 vH übertreffen (Tabelle 7). Dabei ist berücksichtigt, daß die Zahl der Arbeitstage im kommenden Jahr deutlich niedriger sein wird als in 1999, wodurch für sich genommen die gesamtwirtschaftliche Produktionszunahme wohl um etwa 0,2 Prozentpunkte niedriger ausfallen dürfte.

Summary

Expansion in Germany with Little Momentum

After a year of weakness, which was largely caused by external factors, German production entered a new phase of acceleration in the summer of 1999. Seasonally adjusted gross domestic product in Germany increased at an annual rate of 2.9 percent in the third quarter after having grown at only 1.2 percent in the first half of the year. Main stimulus of the upswing was the strong expansion of foreign demand which resulted from the ongoing recovery in Europe and in the emerging markets, the continuously high dynamics in the United States and the low external value of the Euro. Moreover, both investment and private consumption have been growing at rates above average. Unemployment rose up to September, and has fallen since, while employment has been declining over the whole course of the year. Consumer prices will presumably have increased at an annual rate of 1.6 percent in the second half of the year. After some acceleration in spring caused by the sharp oil price increases and the rise in energy taxes, inflation has thus returned to a more moderate level.

Outlook: Capacity Utilization Keeps Increasing

Leading indicators such as the business climate and order flows in manufacturing show that production has most probably accelerated further in the fourth quarter. Overall, real gross domestic product will have increased by 1.5 percent in 1999. Next year, capacity utilization will keep rising. The increase in foreign demand will slow down somewhat as the world economy will grow at more normal rates and there will not be any further devaluation of the Euro. The expansion will be supported by healthy growth of investment; the effect of the ECB's latest interest rate rise on investment demand will not be severe. Moreover, private consumption will increase at a moderately high rate due to accelerated growth of disposable income caused by rising employment. Real GDP will be above its level in the current year by 2.5 percent in 2000.

Literaturverzeichnis

- Boss, A., K. Gerling, J. Gottschalk, C. Kamps, C.-P. Meier, J. Scheide, R. Schmidt und H. Strauß (1999). Deutsche Konjunktur zieht wieder an. *Die Weltwirtschaft* (3): 280–317.
- Bundesanstalt für Arbeit (1999). Arbeitsmarkt 1998. *Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit* 47 (Sondernummer), 12. Juni. Nürnberg.
- Deutsche Bundesbank (1999a). *Monatsberichte*. November. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (1999b). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen. Statistisches Beiheft zum Monatsbericht* 4. Frankfurt am Main.
- Döpke, J., und C. Kamps (1999). Zum Einfluß von permanentem und transitorischem Einkommen auf den privaten Verbrauch in Deutschland. *Die Weltwirtschaft* (4), in Vorbereitung.
- EZB (Europäische Zentralbank) (1999). *Monatsbericht*. November. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., C.-P. Meier, J. Scheide und M. Schlie (1999a). Euroland: Geldpolitik regt Konjunktur an. *Die Weltwirtschaft* (3): 318–344.
- Gern, K.-J., B. Sander, J. Scheide, M. Schlie und H. Strauß (1999b). Expansion der Weltwirtschaft bleibt moderat. *Die Weltwirtschaft* (4), in Vorbereitung.
- OECD (1999). *Main Economic Indicators*. November. Paris.
- Statistisches Bundesamt (1995). *Im Blickpunkt: Ausländische Bevölkerung in Deutschland*. Stuttgart.
- (1997). *Strukturdaten für die ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.
 - (1998). *Statistisches Jahrbuch für Deutschland*. Stuttgart.
 - (1999a). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.
 - (1999b). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe S.20: Revidierte Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung 1991 bis 1998*. Stuttgart.
 - (1999c). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 3: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Stuttgart.
 - (lfd. Jgg.). *Fachserie 1: Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Reihe 2: Ausländische Bevölkerung*. Stuttgart.